

Niederschrift

über die 14. Sitzung des verfahrensbegleitenden Ausschusses (vbA) zum Gemeinsamen Flächennutzungsplan der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr (Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen)

am Freitag, 9. Mai 2025, 13:00 Uhr – 14:06 Uhr
Rathaus, Stadt Essen, Porscheplatz 1, 45121 Essen

Anwesende

Mitglieder:	Alfred Guth	Stadt Bochum, SPD
	Christian Volke	Stadt Bochum, SPD
	Fabian Krömling	Stadt Bochum, GRÜNE
	Guntmar Kipphardt	Stadt Essen, CDU
	Christoph Kersch	Stadt Essen, GRÜNE
	Heike Brandherm	Stadt Essen, SPD
	Burkhardt Wüllscheidt	Stadt Gelsenkirchen, GRÜNE
	Klaudia Scholz	Stadt Herne, DIE LINKE
	Pascal Krüger	Stadt Herne, GRÜNE
	Christina Küsters	Stadt Mülheim an der Ruhr, CDU
Oliver Linsel	Stadt Mülheim an der Ruhr, GRÜNE	
Oliver Willmes	Stadt Mülheim an der Ruhr, SPD	
Johann Licker	Stadt Mülheim an der Ruhr, AfD	
Verwaltung:	Dr. Markus Bradtke	Stadt Bochum, Dezernent
	Andreas Müller	Stadt Essen, Amtsleitung
	Stefanie Hugot	Stadt Gelsenkirchen, Amtsleitung
	Peter Rogge	Stadt Herne, Abteilungsleitung
	Alexander Behringer	Stadt Mülheim an der Ruhr, Amtsleitung
Gäste:	Mandy Courtney	Stadt Essen, Sprecherin der Projektgruppe GFNP-Umwelt
Schriftführer:	Markus Kerstein	Stadt Bochum
Es fehlten entschuldigt:	Martin Harter	Stadt Essen, Dezernent
	Christoph Heidenreich	Stadt Gelsenkirchen, Dezernent
	Stefan Thabe	Stadt Herne, Dezernent
	Felix Blasch	Stadt Mülheim an der Ruhr, Dezernent
	Dr. Thomas Palotz	Stadt Oberhausen, Dezernent
	Sven-Martin Köhler	Stadt Essen, CDU

Barbara Merten	Stadt Herne, CDU
Markus Mähler	Stadt Herne, CDU
Petra Sigrid Seidemann-Matschulla	Stadt Mülheim an der Ruhr, CDU
Eckart Capitain	Stadt Mülheim an der Ruhr, CDU
Frank Bandel	Stadt Oberhausen, CDU
Heike Kretschmer	Stadt Essen, Linke
Thomas Grohé	Stadt Gelsenkirchen, Linke
Martin Gatzemeier	Stadt Gelsenkirchen, Linke

TOP	Beratungsgegenstände	Vorlagen Nummer
------------	-----------------------------	----------------------------

A) Öffentlicher Teil

- | | | |
|----|---|-----|
| 1. | Begrüßung und Abstimmung der Tagesordnung | |
| 2. | Genehmigung der Niederschrift der 13. Sitzung | |
| 3. | Aufstellungsbeschluss für ein Änderungsverfahren zum Gemeinsamen Flächennutzungsplan (GFNP):
66 MH: Brunshofstraße – Flughafen Essen / Mülheim
<i>Referent: Amtsleitung Stadtplanung und Wirtschaftsförderung der Stadt Mülheim an der Ruhr</i> | 001 |
| 4. | Beteiligungsbeschluss für ein Änderungsverfahren zum Gemeinsamen Flächennutzungsplan (GFNP):
30 BO: An der Papenburg / Berliner Straße
<i>Referent: Dezernent der Stadt Bochum</i> | 002 |
| 5. | Beteiligungsbeschluss für ein Änderungsverfahren zum Gemeinsamen Flächennutzungsplan (GFNP):
59 E: Holteyer Straße / Im Heimberge
<i>Referent: Fachbereichsleitung Amt für Stadtplanung und Bauordnung der Stadt Essen</i> | 003 |
| 6. | Beteiligungsbeschluss für ein Änderungsverfahren zum Gemeinsamen Flächennutzungsplan (GFNP):
64 HER: Jauerstraße
<i>Referent: Abteilungsleitung Generelle Planung und Wohnraumförderung der Stadt Herne</i> | 004 |
| 7. | Feststellungsbeschluss für ein Änderungsverfahren zum Gemeinsamen Flächennutzungsplan (GFNP):
52 GE/BO: nördlich Watermanns Weg
<i>Referentin: Leitung Referat Stadtplanung der Stadt Gelsenkirchen</i> | 005 |
| 8. | Bericht: RFNP Umweltmonitoring 2021 - Zeitraum 2016-2021
<i>Referentin: Sprecherin der Projektgruppe GFNP-Umwelt, Stadt Essen</i> | 006 |
| 9. | Mitteilung der Verwaltung <ul style="list-style-type: none"> Rechtswirksamkeit von Änderungsverfahren (Mitteilung):
54 E (Oberhauser Straße – ehem. Gartencenter)
<i>Referent: Fachbereichsleitung Amt für Stadtplanung und Bauordnung der Stadt Essen</i> | |

- Beteiligung zur 3. Änderung des Landesentwicklungsplans NRW (Mitteilung)
Referent: *Fachbereichsleitung Amt für Stadtplanung und Bauordnung der Stadt Essen*

10. Anfragen

B) Nicht öffentlicher Teil

J.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kipphardt, eröffnet um 13:00 Uhr die 14. Sitzung des vbA zum Gemeinsamen Flächennutzungsplan der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen und heißt die Anwesenden im Rathaus der Stadt Essen herzlich willkommen. Er stellt fest, dass die Tagesordnung für die heutige Sitzung form- und fristgerecht übersandt wurde.

1. Abstimmung der Tagesordnung

Anmerkungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

2. Genehmigung der Niederschrift der 13. Sitzung

Herr Kipphardt führt aus, dass es zu TOP 3 auf Seite 4 der Niederschrift einen Hinweis gibt: ein Herrn Krömling zugeordneter Redebeitrag stammt von Herrn Linsel. Weitere Anmerkungen gibt es nicht. Die Niederschrift wird einstimmig beschlossen.

3. Aufstellungsbeschluss für ein Änderungsverfahren zum Gemeinsamen Flächennutzungsplan (GFNP): **001**

66 MH Brunshofstraße – Flughafen Essen / Mülheim

Referent: Amtsleitung Stadtplanung und Wirtschaftsförderung der Stadt Mülheim a.d.R.

Herr Alexander Behringer (Stadt Mülheim an der Ruhr) erläutert anhand einer Power-Point Präsentation das GFNP-Änderungsverfahren 66 MH (Brunshofstraße – Flughafen Essen / Mülheim), für das der Aufstellungsbeschluss angestrebt wird. Die Städte Essen und Mülheim an der Ruhr möchten angesichts des in beiden Städten vorherrschenden Gewerbeflächenmangels im nord-westlichen Randbereich des Verkehrslandeplatzareals einen attraktiven Gewerbestandort mit besonderer infrastruktureller Ausstattung und Lagegunst entwickeln. Der bestehende Büro- und Gewerbepark am Verkehrslandeplatz Essen/Mülheim soll nach Süden und Westen entsprechend erweitert werden. Hierfür ist eine Änderung des GFNP erforderlich.

Frau Scholz, DIE LINKE (Herne) erklärt, dass Ihre Fraktion der Vorlage zustimmen wird und eine Erweiterung der Gewerbeflächendarstellung begrüßt. Eine Fortführung des Flugbetriebes wird demgegenüber abgelehnt.

Der Ausschuss empfiehlt den jeweils zuständigen Gremien der Städte der Planungsgemeinschaft folgenden Beschluss zu fassen:

Der <Rat/Ausschuss> der Stadt <Name> beschließt gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) die Aufstellung der Änderung 66 MH Brunshofstraße – Flughafen Essen / Mülheim zum Gemeinsamen Flächennutzungsplan (GFNP) und die Einleitung des entsprechenden Planverfahrens.

Die Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen sowie Frau Scholz (DIE LINKE) und Herr Licker (AfD) stimmen für den Beschlussvorschlag.

Die Beschlussfassung zu dem Verfahren erfolgt einstimmig.

4. Beteiligungsbeschluss für ein Änderungsverfahren zum Gemeinsamen Flächennutzungsplan (GFNP): **002**

30 BO An der Papenburg / Berliner Straße

Referent: Dezernent der Stadt Bochum

Herr Dr. Bradtke (Stadt Bochum) erläutert anhand einer Power-Point Präsentation das GFNP-Änderungsverfahren 30 BO (An der Papenburg / Berliner Straße), für das der Beteiligungsbeschluss angestrebt wird. Insbesondere weist Herr Dr. Bradtke darauf hin, dass abweichend von der ursprünglichen Planungsabsicht im Bereich eines ehemaligen Sportplatzes an der Berliner Straße nun keine Wohnbebauung mehr vorgesehen ist, sondern der Bau einer sechszügigen Gesamtschule.

Herr Kipphardt (Stadt Essen) erkundigt sich, ob der Betrieb des Tennisplatzes fortgesetzt werden kann oder angesichts der heranrückenden Nutzungen eine Aufgabe oder zeitliche Einschränkung des Spiel- und Trainingsbetriebes zu befürchten ist.

Herr Dr. Bradtke führt hierzu aus, dass die Tennisanlage relativ klein ist und an das Schulgelände angrenzt. Diesbezüglich bestehen keinerlei Bedenken an einer Vereinbarkeit dieser beiden Nutzungen, da die Hauptnutzungs- und Spielzeiten des Tennisvereins außerhalb der Schulbetriebszeiten liegen. Darüber hinaus befindet sich im Umfeld des Tennisvereins bereits Bestandswohnbebauung, so dass sich der Konflikt nicht verschärfen wird. Politik, Eigentümer und Verein gehen von Fortbestand des Vereines aus. Sofern der Tennisbetrieb zukünftig nicht mehr wirtschaftlich aufrechterhalten werden kann, wäre eine sich nach Art und Maß in den Bestand einfügende Nachfolgenutzung denkbar.

Frau Scholz, Fraktion DIE LINKE (Herne) erklärt, dass die Schule ohne Frage wichtig sei. Allerdings werden der Umfang, der im GFNP-Änderungsbereich dargestellten Grünflächen halbiert und die Auswirkungen auf alle in der Umweltprüfung betrachteten Schutzgüter als erheblich negativ bewertet. Ihre Fraktion werde sich daher bei der Abstimmung enthalten.

Der Ausschuss empfiehlt den jeweils zuständigen Gremien der Städte der Planungsgemeinschaft folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der **<Rat/ Ausschuss>** der Stadt **<Name>** nimmt die Ergebnisse aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (Anregungen und diesbezügliche Stellungnahmen der Verwaltung) zur Kenntnis.
2. Der **<Rat/Ausschuss>** der Stadt **<Name>** beschließt gemäß § 3 Abs. 2 sowie § 4 Abs. 2 BauGB die Veröffentlichung und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange auf Grundlage des vorliegenden Planentwurfs für das Änderungsverfahren zum GFNP 30 BO An der Papenburg / Berliner Straße.

Die Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen sowie Herr Licker (AfD) stimmen für den Beschlussvorschlag. Frau Scholz (DIE LINKE) enthält sich.

Die Beschlussfassung zu dem Verfahren erfolgt einstimmig.

5. Beteiligungsbeschluss für ein Änderungsverfahren zum Gemeinsamen Flächennutzungsplan (GFNP):

003

59 E Holteyer Straße / Im Heimberge

Referent: Fachbereichsleitung Amt für Stadtplanung und Bauordnung der Stadt Essen

Herr Müller (Stadt Essen) erläutert anhand einer Power-Point Präsentation das GFNP-Änderungsverfahren 59 E (Holteyer Straße / Im Heimberge), für das der Beteiligungsbeschluss angestrebt wird.

Frau Scholz, DIE LINKE (Herne) erwartet, dass im Zuge der Bauleitplanung die Auswirkungen auf den Wasserschutz konkreter untersucht und dargestellt werden. Darüber hinaus wird ein höherer Anteil an Wohnbebauung gefordert. Gleichwohl werde ihre Fraktion der Vorlage zustimmen.

Der Ausschuss empfiehlt den jeweils zuständigen Gremien der Städte der Planungsgemeinschaft folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der **<Rat/ Ausschuss>** der Stadt **<Name>** nimmt die Ergebnisse aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (Anregungen und diesbezügliche Stellungnahmen der Verwaltung) zur Kenntnis.
2. Der **<Rat/Ausschuss>** der Stadt **<Name>** beschließt gemäß § 3 Abs. 2 sowie § 4 Abs. 2 BauGB die Veröffentlichung und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange auf Grundlage des vorliegenden Planentwurfs für das Änderungsverfahren zum GFNP 59 E Holteyer Straße / Im Heimberge.

Die Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen sowie Frau Scholz (DIE LINKE) und Herr Licker (AfD) stimmen für den Beschlussvorschlag.

Die Beschlussfassung zu dem Verfahren erfolgt einstimmig.

6. Beteiligungsbeschluss für ein Änderungsverfahren zum Gemeinsamen Flächennutzungsplan (GFNP):

004

64 HER Jauerstraße

Referent: Abteilungsleitung Generelle Planung und Wohnraumförderung der Stadt Herne

Herr Rogge (Stadt Herne) entschuldigt Herrn Stadtrat Thabe, der aufgrund eines wichtigen Termins im Rahmen des Tags der Stadterneuerung leider verhindert ist, und erläutert anhand einer Power-Point Präsentation das GFNP-Änderungsverfahren 64 HER (Jauerstraße), für das der Beteiligungsbeschluss angestrebt wird.

Zu dem Verfahren gibt es weder Fragen noch Wortmeldungen.

Der Ausschuss empfiehlt den jeweils zuständigen Gremien der Städte der Planungsgemeinschaft folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der **<Rat/ Ausschuss>** der Stadt **<Name>** nimmt die Ergebnisse aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (Anregungen und diesbezügliche Stellungnahmen der Verwaltung) zur Kenntnis.
2. Der **<Rat/Ausschuss>** der Stadt **<Name>** beschließt gemäß § 3 Abs. 2 sowie § 4 Abs. 2 BauGB die Veröffentlichung und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange auf Grundlage des vorliegenden Planentwurfs für das Änderungsverfahren zum GFNP 64 HER: Jauerstraße.

Die Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen sowie Frau Scholz (DIE LINKE) und Herr Licker (AfD) stimmen für den Beschlussvorschlag.

Die Beschlussfassung zu dem Verfahren erfolgt einstimmig.

**7. Feststellungsbeschluss für ein Änderungsverfahren zum Gemeinsamen Flächennutzungsplan (GFNP):
52 GE / BO nördlich Watermanns Weg**

005

Referentin: Leitung des Referats Stadtplanung der Stadt Gelsenkirchen

Frau Hugot (Stadt Gelsenkirchen) entschuldigt Herrn Stadtbaurat Heidenreich, der aufgrund verschiedener Sitzungen leider verhindert ist, und erläutert anhand einer Power-Point Präsentation das GFNP-Änderungsverfahren 52 GE/BO (nördlich Watermanns Weg), für das der Feststellungsbeschluss angestrebt wird.

Frau Scholz, DIE LINKE (Herne) erklärt, dass ihr die Starkregenkarte Probleme mache. Dieser Aspekt müsse noch im Bebauungsplanverfahren berücksichtigt werden. Ihre Fraktion werde sich daher bei der Abstimmung enthalten.

Der Ausschuss empfiehlt den jeweils zuständigen Gremien der Städte der Planungsgemeinschaft folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt <Name> beschließt gemäß den Vorgaben des Baugesetzbuches (BauGB) in Verbindung mit der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) jeweils in der geltenden Fassung die Änderung 52 GE/BO nördlich Watermanns Weg des Gemeinsamen Flächennutzungsplanes (GFNP) nach vorangegangener Prüfung und Entscheidung über die im Verfahren abgegebenen und in der Anlage aufgeführten Stellungnahmen.

Die Änderung besteht aus Plan, Textteil und beigefügter Begründung einschließlich Umweltbericht.

Die Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen sowie Herr Licker (AfD) stimmen für den Beschlussvorschlag. Frau Scholz (DIE LINKE) enthält sich.

Die Beschlussfassung zu dem Verfahren erfolgt einstimmig.

8. Bericht: RFNP-Umweltmonitoring 2021 – Zeitraum 2016 – 2021

006

Referentin: Sprecherin der Projektgruppe GFNP-Umwelt, Stadt Essen

Frau Courtney (Stadt Essen) weist einleitend daraufhin, dass das Monitoring den Zeitraum von 2016 – 2021 umfasst. Da die Überleitung in einen GFNP erst 2024 erfolgt ist, wird daher noch vom RFNP-Umweltmonitoring gesprochen. Erarbeitet wurde das Umweltmonitoring von der gesamten GFNP PG Umwelt mit 13 Personen aus allen sechs GFNP-Städten unter Einbeziehung der schutzgutbezogenen Fachteams. Damit war ein großes Team an der Erarbeitung des komplexen Umweltmonitorings beteiligt, über dessen wesentliche Ergebnisse ein kurzer Überblick gegeben wird. Zentrale Frage des Umweltmonitorings ist es zu ermitteln, ob es bei der Umsetzung der Planung zu unvorhergesehenen, erheblichen, nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt gekommen ist, denen durch geeignete Maßnahmen zu begegnen ist.

Zu dem Vortrag gibt es weder Fragen noch Wortmeldungen.

Der Vortrag wird zur Kenntnis genommen.

9. Mitteilung der Verwaltung

- **Rechtswirksamkeit von Änderungsverfahren (Mitteilung):
54 E (Oberhauser Straße – ehem. Gartencenter)**

Referent: Fachbereichsleitung Amt für Stadtplanung und Bauordnung der Stadt Essen

Herr Müller (Stadt Essen) teilt mit, dass das GFNP-Änderungsverfahren 54 E (Oberhauser Straße – ehem. Gartencenter) rechtswirksam ist.

- **Beteiligung zur 3. Änderung des Landesentwicklungsplans NRW (Mitteilung)**

Referent: Fachbereichsleitung Amt für Stadtplanung und Bauordnung der Stadt Essen

Herr Müller (Stadt Essen) teilt mit, dass in der Zeit vom 03.04. - 30.06.2025 das Beteiligungsverfahren zur 3. Änderung des Landesentwicklungsplans NRW durchgeführt wird. Die Planungsgemeinschaft GFNP wird eine gemeinsame Stellungnahme erstellen, die in der vbA-Sitzung am 29.08.2025 vorgelegt wird.

Zu den beiden Mitteilungen gibt es weder Fragen noch Wortmeldungen.

Die Mitteilungen werden zur Kenntnis genommen.

10. Anfragen

Es gibt keine Anfragen.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 14:06 Uhr geschlossen.

B) Nicht öffentlicher Teil

./.

Zum nicht öffentlichen Teil gibt es keine Wortmeldungen.

Der nicht öffentliche Teil der Sitzung wird um 14:06 Uhr geschlossen.

Die Präsentationen zu den Tagesordnungspunkten 3, 4, 5, 6, 7 und 8 sind als Anlage beigefügt bzw. stehen auf der Internetseite der Städteregion Ruhr unter <http://www.staedte-region-ruhr-2030.de> als Download bereit.

gez. Kiphardt
Ausschussvorsitzender

gez. Kerstein
Schriftführung